

## **Antrag des Bezirksvorstands der FU Südbaden an den CDU Bezirksparteitag am 17.10.2015 in Vöhrenbach.**

Der CDU Bezirksparteitag möge beschließen, dass Flüchtlinge, die aufgrund der Ermittlungsergebnisse, zweifelsfrei als Straftäter feststehen, sofort vom Asylverfahren ausgeschlossen und unverzüglich in ihre Heimat zurückgeführt werden.

Langwierige Prozesse und Gefängnisaufenthalte müssen bei diesem Personenkreis entfallen. Ein Widerspruchsverfahren sollte nur aus ihrem Heimatland betrieben werden.

Begründung:

Die BRD ist ein weltoffenes rechtsstaatliches Land und gewährt Asylsuchenden sowie Flüchtlingen Schutz vor Verfolgung, sofern nach der Rechtslage nicht Drittstaaten für die Sicherheit der Flüchtlinge zuständig sind.

Trotz der Zugehörigkeit zu anderen Kulturkreisen gilt in der BRD für alle Menschen die deutsche und internationale Rechtsordnung. Wer sich auf deutschem Hoheitsgebiet aufhält, hat die gültigen Gesetze zu beachten.

Aufgrund zunehmender schwerer Straf- und Gewaltdelikte, die zweifelsfrei nach den Ermittlungen von Flüchtlingen begangen wurden, wie beispielsweise die Vergewaltigung von Frauen in Flüchtlingsunterkünften oder die um sich greifende Zwangsprostitution, ist das Asylverfahrensgesetz umgehend zu modifizieren.